



Zur gesellschaftlichen Aneignung, Emanzipation und Freiheit

**Gründungserklärung der
Bewegung für Sozialismus
Sektion Bern**

24. Juni 2004

BFS

Gründungserklärung der Bewegung für Sozialismus, Sektion Bern, verabschiedet
an der Gründungsversammlung vom 24. Juni 2004.

BFS Bern
Postfach 129
3000 Bern 23
bfs-be@bluewin.ch

Weitere Sektionen der BFS:

BFS Basel	Postfach 2002	4001 Basel	bfs-bs@bluewin.ch
BFS-MPS Freiburg	Postfach 65	1700 Freiburg	mps-fribourg@bluemail.ch
MPS Genève	Case postale 209	1211 Genève	mps-ge@bluewin.ch
MPS Ticino	Case postale 2320	6501 Bellinzona	mps-ti@bluemail.ch
MPS Vaud	Case postale 120	1000 Lausanne 20	mps-vd@fastnet.ch
BFS-MPS Wallis	Case postale 2218	1950 Sion	mpsvs@hotmail.com
BFS Zürich	Postfach 8707	8036 Zürich	bfs-zh@bluewin.ch

Ich interessiere mich für die BFS.

VornameName

Strasse

PLZ, Ort

Tel.E-mail

Einsenden an: BFS, Postfach 129, 3000 Bern 23 oder bfs-be@bluewin.ch

lich. Daher ist theoretisch und praktisch ein *Bruch* zu formulieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der *demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung* von Ressourcen und Produktionsmitteln.

Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. Zugleich können diese Alternativen keine punktuelle Reparatur sein. In ihrer Dynamik tragen sie vielmehr zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung, und die Logik der Konkurrenz überwindet. Damit werden Reformen verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt der grundlegenden antikapitalistischen Transformation, das sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht. In diesem Sinne verbinden wir den Kampf für radikale Reformen mit einer revolutionären Perspektive des Aufbaus von Gegenmacht und schliesslich der Machtübernahme durch die Lohnabhängigen und andere Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Eine neue Bewegung

Seit rund einem Jahr haben wir uns zu dem offenen Diskussionskreis Debatte Forum in Bern getroffen und über zentrale Fragen einer aktuellen sozialistischen Politik in der Schweiz diskutiert. Wir waren in der Antikriegsbewegung aktiv und haben beispielsweise maßgeblich zum Gelingen der landesweiten Demonstration gegen die Besetzung des Irak durch die USA und ihre Verbündeten am 22. März in Bern beigetragen.

Wir haben uns eingehend mit dem Projekt der Bewegung für Sozialismus auseinandergesetzt. Wir schließen uns dem Projekt an, in der Schweiz eine neue revolutionär-sozialistische und libertäre Organisation aufzubauen und gründen hiermit eine Sektion Bern der BFS.

Die Bewegung für Sozialismus wurde Anfang des 2002 lanciert. Die BFS vereinigt Menschen unterschiedlicher Generationen und Erfahrungen. Wir wollen verschiedene Erfahrungen und vor allem auch die Sensibilitäten junger Menschen in einem Prozess der Neuformierung einer emanzipatorischen und freiheitlichen Bewegung für Sozialismus zusammenführen. Dabei wollen wir die Ausarbeitung eines neuen radikalen und sozialistischen Programms vorantreiben.

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung in der Schweiz und weltweit – Wirtschaftskrise, Krieg, der Aufschwung einer neuen weltweiten Bewegung gegen neoliberale Politik – hat uns veranlasst, wieder eine politische Organisation zu schaffen, die koordiniertes Handeln, einen aktionsorientierten Diskussionszusammenhang und strategische Debatten ermöglicht.

Die vorliegende Gründungserklärung fasst unseren erst kurzen Diskussionsprozess zusammen. Unser Verständigungsprozess sowie die Ausarbeitung von Konzepten und Strategien gehen weiter. In diesem Sinne ist diese Erklärung ein Arbeitspapier, das wir im Zuge neuer Erfahrungen und mit allen interessierten Frauen und Männern, die mit uns einen Teil des Weges beschreiten wollen, weiterentwickeln wollen.

Unsere Voraussetzungen

Wir lehnen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ab. Sie tendiert dazu, alle gesellschaftlichen Beziehungen zu kommerzialisieren und in Waren umzuwandeln. Sie unterordnet die sozialen Bedürfnisse unter das Diktat des *Shareholder value* und des Profits privater Konzerne und führt zur Konzentration von immer größerem Reichtum in den Händen eines immer geringeren Teils der Weltbevölkerung. Der Kapitalismus beinhaltet die Zerstörung von gesellschaftlichen Beziehungen und natürlichen Ressourcen. Der „lang andauernde“ Krieg der reichen Welt gegen die arme Welt läuft in Gefahr, die Menschheit mit militärischen und terroristischen Mitteln in die Barbarei zurückzusetzen.

Wir wollen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf dem Grundsatz der Solidarität und der freien Entfaltung aller Frauen und Männer, ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit und Nationalität fußt; die sich an der Befriedigung der elementaren materiellen und kulturellen Bedürfnisse und nicht an der privaten Bereicherung und auch nicht am Gebot der wirtschaftlichen Standortkonkurrenz orientiert; die gleiche soziale Rechte für alle kennt und auf internationaler Ebene gleichberechtigte Kooperation anstelle von Vormachtstreben und Ausplünderung pflegt, in der die private Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen aufgehoben ist.

Wir stehen für sozialistische Demokratie, gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel und Ressourcen und wir lehnen jede Ordnung ab, in denen Menschen sich durch Kapital oder durch Verfügung über bürokratische Apparate Privilegien verschaffen. Wir treten für die uneingeschränkte Freiheit aller Menschen ein, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, und für ihr Recht, gleichermaßen an den gesellschaftlichen Entscheidungen über die Verteilung der Ressourcen und des von ihnen erwirtschafteten Reichtums teilzunehmen. Wir wollen eine Beteiligungsdemokratie anstelle einer repräsentativen Demokratie, die die wesentlichen Entscheidungen auf einen immer kleineren Kreis von Menschen reduziert und einen immer größeren Teil von der Teilhabe am Wohlstand, an kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten und an demokratischer Mitentscheidung ausschließt.

eine breit verankerte gesellschaftliche Gegenmacht aufgebaut und wie der Repression durch den Staat begegnet werden kann.

Die Ausweitung der Demokratie in die ökonomische Sphäre ist mit neuen Strukturen der Gegenmacht und Selbstverwaltung verbunden, die eine alternative ökonomische Orientierung konzipieren und auch durchsetzen. Hierbei drängt es sich auf, die betrieblichen und territorialen Strukturen der Selbstverwaltung, also neuer Formen der Demokratie, zu verknüpfen mit den bestehenden Formen bürgerlich parlamentarischer Demokratie sowie mit Initiativ-, Referendums- und obligatorischen Abstimmungen auf unterschiedlichen Massstabsebenen. Mit der Durchsetzung und Institutionalisierung von Gegenmachtstrukturen und letztlich der Zerschlagung der alten staatlichen Machtapparate werden eine neue Form von Staatlichkeit durchgesetzt.

Soziale Gleichheit und die Aufhebung der Klassen sind Voraussetzung für die freie Entfaltung der Individuen. Individuelle Selbstveränderung und kollektive Änderung der gesellschaftlichen Umstände sind dialektisch vermittelt, fallen ihrem Wesen nach zusammen und machen die revolutionäre Praxis aus. Nur im Kampf der lohnabhängigen Klasse und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die kapitalistische Klasse lässt sich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft überwinden. Aus der kollektiven Selbstaktivität und Selbstorganisation der Lohnabhängigen zusammen mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Gesellschaft kann ein wirklich demokratisches System entstehen, das von Anfang an den Keim des Absterbens der Herrschaft von Menschen über Menschen in sich trägt.

Selbstaktivität: von der Reform zur Revolution

Emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen können weder herbeikommandiert noch mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden. Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die Selbstorganisation und demokratisch gesellschaftliche Kontrolle. Die hier vorgeschlagenen Schritte haben einen Doppelcharakter. Sie sind radikale Reformen, zugleich widersprechen sie der Logik des Kapitalismus. Sie entwerfen eine Logik der gesellschaftlichen Aneignung gegenüber der Logik der Enteignung und privaten Unterwerfung. Wir wollen die Demokratie radikal ausweiten und eine vollständige politische und ökonomische, letztlich gesamtgesellschaftliche Demokratie durchsetzen.

Der Ausgangspunkt sind die *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse* auf Weltebene. Deren Befriedigung ist im Rahmen des Kapitalismus nicht mög-

Eine rein betriebliche Selbstverwaltung wäre zu beschränkt, denn die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion und der Dienstleitungen kann nicht nur durch die Beschäftigten eines Unternehmens erfolgen. Jenseits der betrieblichen Interessen, die die Beschäftigten eines Unternehmens in der Regel primär verfolgen, sind zahlreiche weitere Erwägungen und Kompetenzen zu berücksichtigen. So sind beispielsweise die KonsumentInnen und EinwohnerInnen des betroffenen Territoriums in die Aufgaben der gesellschaftlichen Kontrolle einzubeziehen. Strategische Orientierungen eines großen Konzerns oder einer ganzen Industrie sind durch politische Instanzen zu diskutieren und bestimmen.

Damit sind wir beim Problem der Planung. Die traumatischen Erfahrungen der bürokratischen Kommandowirtschaften in der Sowjetunion und in China haben die zentrale volkswirtschaftliche Planung grundlegend diskreditiert. Gerade demokratische Entscheidungsprozesse über die großen Richtungsfragen der wirtschaftlichen Entwicklung unterscheiden eine sozialistische Demokratie von den bisherigen Erfahrungen bürokratischer Kommandowirtschaften. Droht jede Form volkswirtschaftlicher Planung und Koordination jenseits des Marktes unweigerlich einen gigantischen, bürokratischen Apparat zu verursachen? Die Geschichte der sozialen Bewegungen und paradoxerweise sogar der Kapitalismus laufend Ansatzpunkte, dass es auch demokratische und ressourcensparendere Formen der Planung geben könnte.

Zumindest auf der Unternehmens- und Konzernebene zeigen uns große Konzerne durchaus Elemente einer sinnvollen Planung. Zugleich pervertieren die Konzerne diese Planungsprozesse und unterwerfen sie ihrem Bestreben der Profitmaximierung. Gesellschaftliche Planung ist zunächst politisch. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozess: erstens der Debatte der BürgerInnen über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der ProduzentInnen, die darüber befinden, wie die großen Entscheide umzusetzen sind. Eine ungelöste Frage ist wie sich die Erfordernisse und Logiken der zentralen nationalen und transnationalen Planung mit den Planungen in kleineren oder sogar größeren Räumen und in einzelnen Industriesektoren verknüpfen und harmonisieren lassen, ohne einen überdimensionierten bürokratischen Apparat zu schaffen.

Im Laufe von Kämpfen haben sich Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, Italien 1969 und jüngst in Argentinien). Manchmal schlossen sich derartige alternative Machtstrukturen sogar zu einer gesellschaftlichen Gegenmacht zusammen (Polen 1980/81). Diese Erfahrungen sind wichtig. Sie geben uns Anregungen wie

Unsere Orientierung

Wir stehen in der Tradition der revolutionär-sozialistischen und libertären Linken, die im vergangenen Jahrhundert eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive verfolgten und sich sowohl gegen die Sozialdemokratie als auch gegen den Stalinismus gewandt haben.

Der Stalinismus brachte ein diktatorisches und verbrecherisches Regime hervor. Die Organisationen, die aus der klassischen kommunistischen Tradition stammen, können keine Anknüpfungspunkte für eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive sein.

Die Sozialdemokratie ist seit dem Ersten Weltkrieg synonym mit der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen der dominanten kapitalistischen Gruppen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich zu Trägern der Modernisierung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung transformiert. Allenfalls geht es ihnen darum, die sozialen Verwerfungen auf der Jagd nach Profit möglichst billig abzufedern. Sie bringen die sozialen und politischen Belange derer, die gezwungen sind, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben, nicht mehr zum Ausdruck.

Wir verstehen uns als Teil der ArbeiterInnenbewegung. Damit meinen wir nicht nur die Gewerkschaften. Im Gegenteil: Wir kämpfen für eine grundlegende Neuformierung, ja sogar einen Neuaufbau der Gewerkschaften. Sie sollen sich nicht nur für diejenigen zuständig fühlen, die Arbeit und Einkommen haben, sondern gerade für diejenigen, die innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen ausgeschlossen sind von demokratischen und staatsbürgerschaftlichen Rechten, sozialer Sicherheit, vertraglich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen, gleichem Lohn für gleiche Arbeit oder überhaupt von der Aussicht auf einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz: das sind MigrantInnen, Erwerbslose, Frauen, Leiharbeitende, prekär Beschäftigte jeglicher Art. Wir setzen uns für Gewerkschaften ein, die sich den Herausforderungen der neoliberalen Globalisierung stellen und sie mit dem Aufbau international streik- und kampffähiger Verbände beantworten; für Gewerkschaften, die solidarisch sind mit anderen sozialen Bewegungen, in denen sich Betroffene organisieren.

In diesem Sinne sehen wir die Notwendigkeit einer grundlegenden gewerkschaftlichen und politischen Neuformierung der Klasse der Lohnabhängigen, die ihrem Strukturwandel und den neoliberalen Herausforderungen gerecht wird. Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften und eine neuartige revolutionär-sozialistische Organisation.

Unsere Aktivitäten

Wir sehen in der weltweiten Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und die Konzernherrschaft eine Hoffnung und einen sehr wichtigen Ansatz. Sie wird genährt von verschiedenen sozialen Bewegungen, politischen Strömungen und Nichtregierungsorganisationen, die das Bestreben eint, eine solidarische Alternative zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung aufzubauen. Wir treten dafür ein, dass Lohnabhängige, Erwerbslose, Studierende, Bäuerinnen und Bauern, GewerkschafterInnen und MigrantInnen ihre Belange in diese Bewegung einbringen und national wie international den Schulterschluss mit allen suchen, die gemeinsam gegen die Konzernherrschaft und gegen die kapitalistische Ausbeutungsordnung kämpfen. Hier kann eine neue Internationale der sozialen Bewegungen aufgebaut werden – und das ist die Voraussetzung dafür, dass wir einen solidarischen Ausweg aus der drohenden Barbarei finden.

Sie wird auch eine Grundlage für eine politische Neuformierung einer Bewegung für Freiheit, Emanzipation und Sozialismus sein. Mit der weitgehenden Aufhebung der nationalen Kontrollen über die Finanzmärkte und der damit einhergehenden Verschärfung der Konkurrenz zwischen Lohnabhängigen verschiedener Regionen, mit der verstärkten EU-Integration auf neoliberaler Basis und schließlich dem anhaltenden Krieg um die Vorherrschaft auf der Welt ist es nicht mehr möglich, Alternativen zum Bestehenden im nationalstaatlichen Rahmen zu formulieren. Auch politisch muss eine Neuformierung der sozialistischen Linken deshalb am Aufbau einer neuen Internationale ansetzen.

Ressourcen nicht zu verschwenden, als das Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung.

Anstatt die Gesellschaft verstaatlichen zu wollen, streben wir vielmehr die gesellschaftliche Aneignung der gesamten Wirtschaft an. Das heißt, die BürgerInnen nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. Ein Prozess der gesellschaftlichen Aneignung der öffentlichen Dienste und der zentralen Bereiche der Wirtschaft sowie die Neugestaltung der Arbeit und die Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden treffen den Kern der Eigentumsfrage. Die private Verfügungsgewalt über die großen und strategischen Produktionsmittel kann nicht länger ein Tabu bleiben. Die radikale Demokratisierung, ein globales Bürgerrecht und die gesellschaftliche Aneignung von Dienstleistungen und Produktionsprozessen sind zentrale Bausteine zur Konzipierung einer gesellschaftlichen Alternative.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, sich gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Ein weiterer Schritt bestünde in der gesellschaftlichen Aneignung der Investitionen. Bislang obliegt es den Unternehmenseigentümern, die Investitionsentscheide zu treffen. Diesen Entscheiden liegen in der Regel nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse oder der demokratische Wille, sondern die Profiterwartungen zu Grunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, dass die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend individueller Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheiden einer Gesellschaft erfolgt.

Letztlich sind die Entscheide über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen Angelegenheit der gesamten Bevölkerung. Vor besondere Herausforderungen sind wir bei der gesellschaftlichen Aneignung des technologischen Wissens und der demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungen gestellt. Die demokratische Gestaltbarkeit technologischer Entwicklungen hängt direkt mit der demokratischen Souveränität über die Investitionen zusammen. Könnten wir den Gebrauchswert von Industriezweigen und von Technologien in den Mittelpunkt rücken, stünden wir schnell auch vor der Frage, wie eine Konversion nicht-erwünschter Produktionsbereiche in die Wege geleitet werden könnte. Viele Tätigkeiten – zu allererst die Rüstungsindustrie – sind schädlich oder nutzlos, andere können zusammengefasst oder völlig neu organisiert werden. Letztlich können Alternativen nicht rein theoretisch formuliert werden, vielmehr entwickeln sie sich dynamisch im Zusammenspiel von Bewegungen, Kämpfen und der Ausarbeitung neuer Konzepte.

Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat. Vielmehr sind die Lohnabhängigen in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Hierarchische Strukturen sollen abgebaut werden. Denn sie haben nur den Sinn, das Personal ohne Eigenverantwortung zu kontrollieren und die bürokratischen Administrationsmechanismen zu erhalten, anstatt die Qualität der zu leistenden Dienste zu gewährleisten. Auf der Basis eines echten Dialogs zwischen BenutzerInnen/BürgerInnen und Personal können die Angebote sozial gestaltet und gleichzeitig deren Vielfalt garantiert werden.

Vom Antiimperialismus zum neuen Internationalismus

Der Kapitalismus entwickelt sich räumlich extrem ungleich und schafft immer wieder neue Ungleichheiten. Modulare Produktionssysteme und die Konzentration von hochwertigen Tätigkeiten in wenigen privilegierten Regionen der Welt führen zu intensiven Verflechtungen und einer äusserst ungleichen Arbeitsteilung. Der Kapitalismus ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern auch ein Herrschaftssystem. Die Konzerne und Staaten der imperialistischen Länder trachten erneuert danach, sich natürliche Ressourcen und menschliche Fähigkeiten mit brutaler Gewalt anzueignen. Dabei kommen sie sich auch gegenseitig in die Quere.

Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der Menschen in den ausgebluteten Ländern des Südens gegen Ausbeutung und militärische Besetzung sowie mit dem Kampf für Selbstbestimmung. Jede radikale gesellschaftliche Veränderung lässt sich nur auf internationaler Ebene vorantreiben. Alle wesentlichen Fragen unserer Gesellschaften lassen sich nur noch auf internationaler Ebene anpacken. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist es, eine grenzüberschreitende, internationale, ja globale und zugleich plurale Bewegung gegen den Imperialismus und Kapitalismus aufzubauen.

Aufbau einer Gegenmacht und gesellschaftliche Aneignung

Wir wollen die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellen. Es gilt Methoden zu entwickeln, die eine demokratische Gestaltung und Planung von Infrastruktur, Dienstleistungen und Produktion ermöglichen. Die direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die NutzerInnen wird einen wirksameren Druck darstellen,

Wir wollen den Kapitalismus überwinden

Wir begnügen uns nicht mit einer partiellen Verteidigung unserer Lebensbedingungen und Reformen zur Bändigung des Kapitalismus. Vielmehr setzen wir uns für eine Perspektive ein, die von den aktuellen Bedürfnissen breiter Schichten von Lohnabhängigen ausgeht und dabei zugleich die Logik der Kapitalismus überwindet. Derartige Übergangsforderungen zeigen, dass eine emanzipatorische und sozialistische Perspektive durchaus bereits in unseren alltäglichen Auseinandersetzungen eingebracht werden kann.

Politische und soziale Rechte

Noch immer leben wir in einer gespaltenen Gesellschaft. Einem grossen Teil der Bevölkerung werden einfache politische Rechte verwehrt. Wir setzen uns für gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte für alle Menschen ein, die hier leben. Sogar unter den StimmbürgerInnen dieses angeblich so demokratischen Landes sind die politischen Rechte ungleich verteilt. Darum verlangen wir die Abschaffung des Ständerats und des Ständemehrs bei Abstimmungen.

Recht auf ein würdiges Leben

Die mit Unterstützung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei eingeführten Pensionskassen (2. Säule) haben sich zu einem grossen Raubzug institutioneller Anlagefonds auf die Löhne der Lohnabhängigen entwickelt. Wir setzen uns für existenzsichernde Renten auf der Basis des Kapitalumlageverfahrens ein. Unmittelbar fordern wir die Überführung der 2. Säule in die AHV und die Schaffung einer „Super-AHV“.

Desgleichen setzen wir uns für eine einheitliche staatliche und durch die BürgerInnen kontrollierte Krankenversicherung ein, die über progressive Lohnabzüge finanziert wird.

Tiefe Löhne und Armut sind miteinander verbunden. Daher sind wir für die Einführung Mindestlöhnen und einem garantierten Mindesteinkommen, die allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen.

Recht auf Asyl und Migration

Die schweizerische „Ausländerpolitik“ war und ist eine Arbeitsmarktpolitik. Vom Kapital erwünschte AusländerInnen sind willkommen. Die anderen werden abgewiesen. Die sich verschärfenden politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen zwingen mehr und mehr Frauen und Männer, ihr Land auf der Suche nach einer besseren Existenz zu verlassen. Multinationale Konzerne aus der Schweiz und der schweizerische Imperialismus sind vielerorts dafür mitverantwortlich, dass Menschen die Flucht ergreifen. Auf der Flucht vor politischer Unterdrückung suchen Menschen sicheres Asyl. Frauen wollen ihrer Unterdrückung mit der Flucht in andere Länder entkommen. Wir widersetzen uns der rassistischen Ausgrenzungs- und Spaltungspolitik und setzen uns für grundlegendes Recht auf Asyl und Migration ein.

Die Reichen sollen zahlen

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer. Die Steuerbelastung für die Reichsten und die Unternehmen wurde in den letzten zwanzig Jahren deutlich reduziert und damit bewusst eine „Steuerkrise“ der öffentlichen Hand provoziert.

Angesichts des akkumulierten Reichtums lassen sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse problemlos finanzieren. Wir fordern stark progressive Steuern auf Einkommen, Vermögen, Gewinne und Erbschaften. Mit einer Harmonisierung der Steuern auf interkantonaler und sogar internationaler Ebene kann die Ausblutung der öffentlichen Hand durch den ruinösen Steuerwettbewerb verhindert werden.

Radikale Arbeitszeitverkürzung

Wir setzen uns für eine radikale Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit ein. Die Perspektive einer Halbierung des Arbeitstages bei vollem Lohnausgleich ist mit einer breiten Debatte über anstrebenswerte Produktionsziele und eine neue geschlechtliche wie internationale und regionale Arbeitsteilung zu verbinden.

Im Rahmen einer Neuorganisation öffentlicher Dienste stellt sich die Frage, wo zusätzliche Arbeit dringend nötig ist. In vielen Bereichen unserer Gesellschaft, hauptsächlich bei der Bildung und im Sozialwesen können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen dazu beitragen Vorstellungen für eine

Neuverteilung der Arbeit, der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar auch die Frage nach der Neuorganisation der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentliches Instrument zur Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern

Feminismus: mehr als Gleichheit

Die Frauen werden noch immer diskriminiert, sei es bei der entlohnten und nicht-entlohnten Arbeit, Familie, Mutterschaft, Bildung, sozialen Sicherheit, Präsenz im öffentlichen Raum und durch sexuelle Belästigung. Uns geht es nicht nur um die Gleichstellung von Frauen und Männern gegenüber der Ausbeutung durch das Kapital. Vielmehr wollen wir die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwinden und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern grundsätzlich verändern. In diesem Sinne stellen wir alle hierarchischen Verhältnisse in Frage, die unsere Gesellschaft bestimmen und spalten.

Solidarische Ökologie

Das Kapital stützt sich nicht zuletzt auf die Auspressung und Aneignung natürlicher Ressourcen. Die voranschreitende Zerstörung der Lebensgrundlagen lässt sich nur stoppen, wenn wir das Umweltproblem nicht isoliert anpacken, sondern die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen berücksichtigen. Ein Wandel der Lebensformen bedingt auch eine radikale Umwandlung der Produktionsformen und der Arbeitsweisen. In diesem Sinne setzen wir uns für einen ökologischen Umbau der Industrie, des Transports, der technologischen Entwicklung und des gesamten Alltags ein.

Gesellschaftliche Aneignung statt Privatisierungen

Das Kapital eignet sich mit Privatisierungen öffentlicher Dienste neue Sektoren zur Kapitalverwertung an. Alles was lukrativ erscheint soll zur Ware werden. Die betriebswirtschaftliche Gewinnmaximierung steht in direktem Widerspruch zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Wir widersetzen uns grundsätzlich der Privatisierungspolitik.